

1 **Resolution zum Kreisparteitag am 19. September 2015 in Dinslaken**

2 Antragsteller Kreisvorstand

3 Der Kreisparteitag möge beschließen:

4 **Wir fordern den runden Tisch Flüchtlingshilfe im Kreis Wesel**

5 Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Unterdrückung, Hunger,  
6 Armut und Perspektivlosigkeit. Die Ursachen ihrer Misere liegen vielfach in den Industriestaaten, die  
7 mit einer egoistischen und räuberischen Wirtschaftspolitik die Märkte in den sogenannten  
8 Entwicklungsländern zerstören. Durch Waffenlieferungen werden Kriege und Bürgerkriege am Laufen  
9 gehalten, die das wenige vernichten, was den Menschen im globalen Süden noch geblieben ist. Immer  
10 wieder sorgen insbesondere die NATO-Staaten durch Interventionskriege dafür, dass noch mehr  
11 Menschen zur Flucht gezwungen werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist aktiver Teil dieser  
12 tödlichen kapitalistischen Politik.

13 Für viele der Menschen, die die Flucht nach Europa wagen, wird das Mittelmeer zum Massengrab.

14 Die Abschottungspolitik der EU, die legale Wege für die Einreise von Flüchtlingen versperrt, ist die  
15 Ursache dafür, dass Flüchtlinge sich trotz des damit verbundenen tödlichen Risikos auf die Schiffe  
16 begeben. Notwendig ist ein radikaler Wandel in der Flüchtlingspolitik. Einen regelrechten Krieg gegen  
17 Schleuser\*innen, wie er derzeit in der EU diskutiert wird, lehnt DIE LINKE. ab. Schutzsuchenden  
18 müssen gefahrlose Möglichkeiten der Einreise zur Prüfung ihres Asylantrags geboten werden. Damit  
19 ließe sich skrupellosen Schleuser\*innen, die für Unsummen von Geld Menschen auf nicht  
20 Hochseetauglichen Kuttern ohne ausreichend Wasser und Nahrung in See stechen lassen, die  
21 Geschäftsgrundlage entziehen.

22 DIE LINKE. im Kreis Wesel fordert einen radikalen Wandel in der Asylpolitik.

23 Angesichts der immer wieder kurzfristigen Zuweisungen von Flüchtlingen drängt DIE LINKE. im Kreis  
24 Wesel auf vorausschauendes Handeln. DIE LINKE fordert erneut den Landrat auf, mit der Einrichtung  
25 eines runden Tisches Flüchtlingshilfe koordinierend tätig zu werden.

26 Die Kommunen im Kreis sollen sich gegenseitig bei der Bereitstellung von Erstaufnahmekapazitäten,  
27 der Weiterverteilung und der Integration unterstützen.

28 Die Flüchtlinge brauchen vor allem dringend angemessenen Wohnraum. Die Notunterkünfte dürfen  
29 keine Dauerlösung sein! Allein in Orsoy sollen stetig bis zu 500 Flüchtlinge in der alten Reha-Klinik St.  
30 Josef Rheinberg-Orsoy in einer neuen ZUE (Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes NRW)  
31 durch die Bezirksregierung untergebracht werden. Wenn die Menschen auf lange Sicht in  
32 Sammelunterkünften konzentriert werden, begünstigen die Städte und Gemeinden das Entstehen von  
33 Konfliktherden. Auch im Kreis Wesel gab es in der Vergangenheit schlimme Ereignisse, etwa seinerzeit  
34 in Hünxe. So etwas darf nie wieder passieren!

35 Wir fordern die Verwaltungen in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden auf, die notwendige  
36 Sicherheit für die Hilfesuchenden bereitzustellen die sie benötigen und sich in der Bürgerschaft für  
37 eine aktive Willkommenskultur einzusetzen.

38 DIE LINKE begrüßt, dass die Kommunen schnell reagiert haben und ihr bestmöglichstes tun, um den  
39 Bedürfnissen der Notleidenden gerecht zu werden. Sie befürchtet aber, dass die kreisangehörigen

40 Städte bald an ihre organisatorischen Grenzen stoßen. Daher schlägt sie einen runden Tisch der  
41 Sozialdezernenten aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden vor, der die unterschiedlichen  
42 Voraussetzungen in den Städten und Gemeinden nutzt, um kommunenübergreifende Lösungen zu  
43 finden. Sozialverbänden, Kirchen und ehrenamtlichen Institutionen sollen dabei einbezogen werden.

44 Die Entwicklungen in anderen Bundesländern zeigen, dass es entscheidend auf den offenen und  
45 konstruktiven Umgang mit den Flüchtlingen ankommt. Wenn jede Kommune auf sich alleine gestellt  
46 arbeitet, wird sich mancherorts Ermüdung oder Überforderung einstellen. Deshalb wünschen wir uns,  
47 dass die Flüchtlingshilfe unter Federführung des Landrats kreisweit organisiert wird.

48 Die Linksfraktionen in Dinslaken, Kamp-Lintfort, Moers, Rheinberg, Voerde, Wesel und DIE LINKE im  
49 Xantener Rat, sowie die Kreistagsfraktion, werden sich entsprechend in Öffentlichkeit koordinierend  
50 für diese Forderung einsetzen.

51 Der Kreisparteitag am 19. September 2015 in Dinslaken